



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 31881 - 83  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/38 - 16. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Auf was wartet Bonn eigentlich noch? Paris wünscht Initiative Bonns in der Frage der Wiedervereinigung	36
2 - 3	USA zwischen Brandts Besuch und Dulles' Erkrankung Von unseren Korrespondenten in der USA	63
4	Nach dem Austritt Vincent Auriols Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	40
5	Ein erschütterndes Dokument Merkwürdige Sophistereien in "Fall Strack"	44
6 - 7	"Grüner Bericht" Eine Bilanz der Hilfe für die Landwirtschaft	84

\* \* \*  
\* \*

Auf was wartet Bonn eigentlich noch ?

sp - An diesem Wochenende findet in Bad Godesberg die IV. deutsch-französische Konferenz statt, an der auch diesmal wieder namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft beider Länder teilnehmen werden. Zweck dieser Veranstaltung ist es, den Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu erörtern und der offiziellen Politik Anregungen für eine immer größere Wirksamkeit der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu geben.

Die französische Arbeitsgruppe hat in diesem Jahr den deutschen Konferenz-Teilnehmern bemerkenswerte Arbeitsunterlagen zu dem Thema "Die Probleme der französischen Innen- und Außenpolitik" übersandt, aus denen hervorgeht, daß man in Paris - im Gegensatz zu den bisherigen Bonner Verlautbarungen - von der Bundesregierung Vorschläge für eine aktive Wiedervereinigungspolitik erwartet. Wörtlich heißt es:

"Frankreich bleibt davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung im Mittelpunkt der deutschen Frage steht. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wird als wünschenswert und notwendig betrachtet. Hinsichtlich der bei der Lösung dieses Problems anzuwendenden Methode, d.h. dem Wege, die Wiedervereinigung tatsächlich zu erreichen, ist die französische Regierung offensichtlich der Ansicht, daß es Sache der Deutschen, d.h. der Regierung der Bundesrepublik ist, hier in erster Linie Vorschläge zu unterbreiten. Angesichts der Tatsache, daß die Wiederherstellung der Einheit das oberste nationale Ziel ist, ist es völlig berechtigt, den Deutschen, die in der Freiheit leben, als ersten die Möglichkeit zu geben, die Wege, auf denen die Wiedervereinigung erreicht werden kann, selbst zu bestimmen."

Diese Aufforderung ist umso beachtlicher, als es sich hierbei um eine Ausarbeitung handelt, die von offiziellen französischen Regierungsstellen befürwortet wurde und somit den Anspruch erheben kann, eine Äußerung zu sein, die an die Adresse der Bundesregierung gerichtet ist. Bisherieß es in Bonn immer, man müsse auf deutscher Seite besonders die französischen Empfindlichkeiten berücksichtigen und könne deshalb keine eigenen Initiativen entwickeln.

Offensichtlich scheint sich aber auch in Paris eine Wandlung zu vollziehen, die zu der Frage berechtigt:

"Auf was wartet Bonn eigentlich noch?"

16. Februar 1959

USA zwischen Brandts Besuch und Dulles' Erkrankung

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, Mitte Februar

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, kam in die Vereinigten Staaten als ein Gast, den die Amerikaner gerne sahen und dessen öffentliche Erklärungen sie mit Begeisterung entgegennahm. Natürlich war Brandts Amerikareise weniger ein diplomatischer Akt als eine propagandistische Manifestation; er sollte Mikojans Amerikareise ausbalancieren, er sollte den westlichen Widerstandswillen ohne Säbelgerassel aber auch ohne Schwäche demonstrieren, er sollte in einer kritischen Lage, in der sich die westlichen Diplomaten nicht gerade durch Mut, Ideenreichtum und Gedankenfrische ausgezeichnet haben, durch seine bloße Anwesenheit einen klärenden, belebenden und galvanisierenden Einfluss ausüben. Alles das hat er getan - und zwar erfolgreicher und gründlicher, als man hatte erwarten dürfen.

Bei der Konfetti-Parade, die der New Yorker Bürgermeister Wagner für seinen Berliner Amtskollegen auf dem New Yorker Broadway veranstaltete, wurde Brandt von der Menge mit Zurufen wie "Bravo Willy" und "Kach's gut, Willy" (in englischer wie in deutscher Sprache) begrüßt. Zur grossen Nationalfeier des 150. Geburtstages von Abraham Lincoln holte man sich den Berliner Bürgermeister als hauptsächlichen Redner. Das Bankett zu Brandts Ehren im New Yorker Hotel Astor war, nach Aussagen der Hoteldirektion, die "grösste Ehrung, die in diesem Hotel seit einem Empfang für Präsident Eisenhower je stattgefunden hat", und als Präsident Eisenhower Brandt sprechen wollte, liess er ihn in seinem eigenen Dienstflugzeug abholen. Und endlich legte Staatssekretär Dulles Wert darauf, Brandt zu sehen, knapp einer halben Tag bevor er sich ins Krankenhaus zu seiner neuen Operation begab. Das sind Dinge, die zählen und die Bände sprechen.

Die Ehrung galt dabei zugestandenerweise gar nicht so sehr dem Mann als dem Geist der Berliner Bevölkerung, den er vertrat - und in diesem

Sinne war seine amerikanische Mission ein überaus grosser und gewiss auch folgenreicher Erfolg - wenn auch die plötzliche neuerliche Erkrankung des Staatssekretärs sie vorübergehend ein wenig in den Hintergrund drängte. Diese neue Krise warf einen schweren Schatten auf die amerikanische Öffentlichkeit - und die zahlreichen Kritiker des Staatssekretärs in seinem eigenen Lande waren ebenso betreten wie seine Anhänger und Freunde, denn auch sein schärfster Gegner gibt zu, dass er seinem Amt mit überdurchschnittlichem Pflichteifer und unermüdlicher Energie gedient hat. Es ist bekannt geworden, dass er seine letzte Europareise Anfang des Monats nur durch zahllose Stärkungs- und Schmerzbetäubungsmittel durchhalten konnte.

Wenn auch Dulles noch gelungen ist, für die nächste Zeit wenigstens in rohen Umrissen eine gemeinsame westliche Deutschlandpolitik zu formulieren, so ist doch die Perspektive einer gelähmten amerikanischen Diplomatie in der kritischen Zeitphase, in der man eine Konferenz mit der Sowjetunion vorzubereiten hofft, ziemlich niederschmetternd. Die Formel, die man bisher gefunden hat und die jetzt die Lage beherrscht, heisst "Fest in der Berlinfrage, elastisch in der Deutschlandfrage" - was gewisse sehr brauchbar klingt, aber natürlich noch unzählige Lücken und Zweifel offen lässt. Hinzu kommt, dass niemand recht zu wissen scheint, was man unter der jetzt von jedermann im Munde geführten "Flexibilität" eigentlich zu verstehen hat. Immerhin scheint Brandts Wunsch, dass man die verschiedenen "flexiblen" Pläne - Rapacki, Eden, Gaitskell, Kennan - wenigstens ernstlich erörtern sollte, heute doch auf offeneren Ohren gestossen zu sein als das noch vor einigen Monaten der Fall gewesen wäre.

Brandt erklärte sich von den Zusicherungen, die er in Amerika für seine Stadt erhalten hat, befriedigt - und man darf durchaus annehmen, dass diese Zusicherungen ernst gemeint und nicht bloss diplomatische Höflichkeit waren. Mit dieser Feststellung und der Unterstreichung des lebhaften sympathischen Echos, das Brandt in der Öffentlichkeit fand, wird man im Augenblick die Zwischenbilanz abschliessen müssen. Sie fällt bescheiden aus - aber von einer verlangsamten oder gar lahmgelegten amerikanischen Diplomatie kann man zur Zeit wohl kaum mehr erwarten.

Nach dem Austritt Vincent Auriols

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Austritt Vincent Auriols aus der SFIO erregte in Frankreich großes Aufsehen und könnte, nach der Umgruppierung in der sozialistischen Bewegung Italiens, auch für die französische Arbeiterbewegung neue Perspektiven eröffnen. Der frühere Präsident der Vierten Republik war seit 55 Jahren ununterbrochen Mitglied der "Französischen Sektion der Arbeiterinternationale"; heute erklärte er, er habe "schon seit einigen Jahren" in der Partei Guy Mollets nicht mehr die Partei von Jean Jaurès, Guesde und Léon Blum wiedererkannt. "Heute sehe ich alles zusammenbrechen, wo es doch so notwendig wäre, alle gegenwärtig zwischen kommunistischer Partei und SFIO zerrissenen Arbeiter in einer großen, wirklich sozialistischen Organisation zu sammeln, mit reinem Ideal und klaren Ideen", schreibt er in seiner Austrittserklärung und fügt hinzu: "Guy Mollet kann diese Aufgabe nicht mehr erfüllen, sein Apparat auch nicht".

Es ist kein Abschied von der sozialistischen Bewegung, im Gegenteil. Der alte Sozialist will "weiterkämpfen, mit größerem Mut und größerer Hoffnung" und wendet sich zugleich an die Jugend mit dem Rat, ihre Begeisterung zu bewahren und sich vor "trockenem Opportunismus" zu hüten. Nach der Loslösung der Autonomen Sozialisten unter der Führung von hervorragenden Männern, wie André Philip, Daniel Mayer, Edouard Depaax, Robert Verdier und Alain Savary, nach den vor kurzem erfolgten Demissionen weiterer Parlamentarier, wie Le Bail und Juskiewski, und bekannter sozialistischer Wissenschaftler, wie André Maurion, Ernest Labrousse und Henri Laugier, bedeutet der Schritt des ehemaligen Staatsoberhauptes einen Höhepunkt der Krise der SFIO seit dem 6. Februar 1956 (dem Unfall Mollets in Algier), der Suez-Krise und der Kapitulation vor den Putschisten im Mai 1958.

Die meisten französischen Sozialisten haben diese Politik Mollets widerstrebend und aus Parteidisziplin toleriert. Auriol hatte allerdings schon im Februar 1958 der oppositionellen "Tribune du Socialisme", dem jetzigen Organ der Autonomen Sozialisten, in einem "Offenen Brief" geschrieben: "Einheit bedeutet nicht Schweigen".

Wenn er heute zu ähnlichen Erkenntnisse kommt, die André Philip schon vor zwei Jahren in seinem Buch über den "Socialisme Trahi" ("Verratenen Sozialismus") aussprach, ist die Zeit einer sozialistischen Wiedervereinigung und Erneuerung in Frankreich vielleicht nicht mehr fern.

Ein erschütterndes Dokument

W.J. Bundesaußenminister von Brentano hat in diesen Tagen die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion über das Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem Ministerialrat Dr. Strack beantwortet. Schon, wenn man diese Antwort so, wie sie da ist, überliest, wird man von Unbehagen befallen. Studiert man sie aber in einer Gegenüberstellung mit den von der SPD gestellten Fragen, so erweist sie sich als ein geradezu erschütterndes Dokument für Mangel an Rechtssinn.

Die Bundesregierung gibt nämlich klipp und klar zu, daß sie dem Ministerialrat Dr. Strack die Beförderung zum Ministerialdirigenten mit anschließender Versetzung nach Bagdad und später nach Santiago angeboten hat.

Strack solle seinen Strafantrag zurückziehen und sich an der politischen Auswertung der Sache nicht weiter beteiligen.

Die Verbindung zwischen diesen beiden Punkten hat dem Außenminister offensichtlich Kopfschmerzen bereitet. Auf die Frage, ob er die Rücknahme des Strafantrages als "Bedingung" für die Beförderung für zulässig hält, differenziert er messerscharf zwischen "Bedingung" und "selbstverständlicher Voraussetzung", - ohne dabei den Tatbestand aus der Welt schaffen zu können, daß zwischen der Rücknahme des Strafantrages und der beabsichtigten Beförderung ein bis in Einzelheiten verzahntes Junktin besteht. Genau das darf in einem Rechtsstaat nicht sein!

Hier müssen wohl ein wenig die Begriffe zurechtgerückt werden: Ein Beamter wird befördert, wenn er die notwendigen Fähigkeiten mit sich bringt und eine entsprechende Stelle vorhanden ist, nicht anders. Es darf weder Bedingung, noch Voraussetzung sein, daß er vor der Beförderung auf die Wahrnehmung seiner Rechte verzichtet. Wie kann sich die Bundesregierung über Korruption aufregen, wenn sie selbst, wenn ihre höchsten Stellen, wenn der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Globke, einen Beamten in dieser Weise behandelt, und wenn der Bundesaußenminister Dr. von Brentano diesen Tatbestand mit sophistischen Darlegungen zu beschönigen versucht.

Dabei schreibt er - und man muß das zweimal lesen - "Leider ist dieser Versuch ebenso gescheitert wie wiederholte andere Bemühungen um eine Regelung der Angelegenheit, die allen Beteiligten Gerechtigkeit widerfahren lassen sollte."

Allen Beteiligten? Auch den Herren Blankenhorn und Hallstein, denen vorgeworfen wird, Dr. Strack zu Unrecht beschuldigt und in seinem Ansehen und seinen beruflichen Fortkommen beeinträchtigt zu haben? Die Beförderung wäre doch wohl nur eine Wiedergutmachung für Dr. Strack gewesen. Gerechtigkeit bedeutet aber nicht nur Wiedergutmachung, sie bedeutet auch, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Davon aber verläutet nichts in Dr. Globkes Vorschlägen!

"Grüner Bericht"

FR - Der jetzt vorgelegte Grüne Bericht zeigt, dass sich die rein buchmässige Bilanz der Landwirtschaft, die sich in Soll und Haben ausdrückt, im Wirtschaftsjahr 1957/58 gebessert hat. So brachte es gegenüber dem Vorjahr eine beachtliche Erhöhung der Verkaufserlöse der Landwirtschaft um rund 1,7 Milliarden DM (= 11 Prozent) auf 17,4 Milliarden DM. Diese Entwicklung war sowohl durch grössere Mengen als auch durch höhere Preise bedingt.

Bei den Ausgaben für Betriebsmittel und Löhne ergab sich insgesamt eine Zunahme um rund 380 Millionen DM (= 7,0 Prozent) auf rund 10,5 Milliarden DM. Unter Beziehung der Gesamtausgaben für Bauten und Maschinen (Bruttoinvestitionen) erhöhten sich die Ausgaben um rd. 940 Millionen DM (7,9 Prozent) auf rund 12,8 Milliarden DM.

Diese globale Betrachtung vermittelt nur eine allgemeine Vorstellung von den Grössenverhältnissen und der Entwicklungsrichtung im ganzen. Innerhalb der Landwirtschaft waren nach Wirtschaftsgebieten und Grössenklassen, ähnlich wie in den zurückliegenden Jahren, zum Teil wieder erhebliche Unterschiede festzustellen.

Aus dem umfangreichen Bericht können nur einige der wichtigsten Zahlen angeführt werden. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass sich die ansteigende Entwicklung der Preise im Wirtschaftsjahr 1957/58 fortgesetzt hat. Der Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (bezogen 1938/39 = 100) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent auf 218. Die gute Bezahlung der Arbeitnehmer in Industrie und Gewerbe war wieder einmal das ausschlaggebende Moment der landwirtschaftlichen Einkommenssteigerung, insbesondere was den Verkauf von Veredelungsprodukten wie Fleisch, Milch und Eier anbelangt. Sie dürfte es auch in Zukunft bleiben.

Fürzu treten die Hilfen aus dem Grünen Plan, 3,2 Milliarden DM wurden in den vergangenen drei Jahren im Rahmen des Grünen Plans insgesamt aus der Hand der Steuerzahler in die Landwirtschaft überführt, davon 1,1 Milliarden DM für das Strukturprogramm und 2,1 Milliarden DM für die Besserung der Einkommensverhältnisse. Ausser den 3,2 Milliarden DM des Grünen Plans standen im Bundeshaushalt der Jahre 1956 bis 1958 weitere 3,4 Milliarden DM zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung. Durch den Wegfall der Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Produkte der Erzeugerstufe sowie für Milcherzeugnisse der Be- und Verarbeitungstufe ersparte die Landwirtschaft ausserdem etwa eine Milliarde DM.

Die Präferenz der im Rahmen des Grünen Plans zu treffenden Massnahmen stand im vergangenen Jahr im Mittelpunkt der agrarpolitischen Diskussion. Sie steht es heute mehr denn je, denn die Landwirtschaft befindet sich zur Zeit durch den Eintritt in den Gemeinsamen Markt in einem inneren und äusseren Umbruch. Es geht vor allem um die Frage, ob den langfristigen, der Verbesserung der Produktionsgrundlage dienenden Aufgaben der Vorzug gegeben werden oder ob das Schwergewicht den Hilfen zufallen sollte, die die Ertrags- und Einkommenlage der Landwirtschaft direkt beeinflussen.

Die Erfolge der Strukturhilfe, der auch die Länder erhebliche Mittel beigetragen haben, lassen sich statistisch etwa folgendermassen zusammenfassen. In den ersten drei Jahren des Grünen Plans wurden insgesamt 600 000 ha Fläche bereinigt, so dass die vorzüglich umlegungsbedürftige Fläche auf 3,7 Millionen ha abgesunken ist. Unterstellt man, dass in Zukunft jährlich etwa 250 000 ha Fläche bereinigt werden, so kann die Arrondierungsaktion - soweit es die vorzüglichen Aufgaben betrifft - etwa zu dem Zeitpunkt abgeschlossen sein, wenn die wirtschaftliche Integration Europas vollendet und die Landwirtschaft dem vollen Konkurrenzkampf in der EWG ausgesetzt sein wird.

Nachdem noch im Jahre 1956 etwa 45 Prozent der gesamten Mittel des Planes für solche langfristige Massnahmen bereitgestellt und die übrigen 55 Prozent zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Rentabilitätslage eingesetzt wurden, veränderte sich das Verhältnis in den beiden folgenden Jahren leider durch die Gewährung von Preiszuschüssen zugunsten der Direktmassnahmen.

Zweifelloos werden die Möglichkeiten, die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft über den Preis oder über Subventionen zu heben, in Zukunft begrenzt sein. Bereits jetzt ist die Bundesrepublik bei wichtigen Produkten wie Roggen, Kartoffeln, Milch, Zucker, Butter und Schweinefleisch selbstversorger, bei Rindfleisch und Schlachtfetten nähert sich die Inlandserzeugung stark der Bedarfsdeckungsgrenze.

Bundesernährungsminister Dr. Lübke wird sich also in diesem Jahr gut überlegen müssen, wie er die Mittel des Grünen Planes ansetzt. Bekanntlich soll der Grüne Plan zum jetzt vorliegenden Grünen Bericht passen; er soll sozusagen seine Lücken ausfüllen. Hierbei dürfte es im wesentlichen darauf ankommen, die deutsche Landwirtschaft mit dem konkurrierenden Ausland so wettbewerbsfähig zu machen, dass sie beim Übergang zum Gemeinsamen Markt in ihrer Substanz gesund erhalten bleibt.

+ - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel